

Freihandels- abkommen

wie CETA oder JEFTA
folgen dem Paradigma
der Exportorientierung
und bedrohen bäuerliche Landwirtschaft sowie
Qualitäts- und Verbraucherschutzstandards.



Das Handelsabkommen der EU mit Kanada (CETA) wird die Quote für den zollfreien Import von kanadischem Schweinefleisch um das 14-fache erhöhen. Dies wird den europäischen Fleischsektor unter erheblichen Preisdruck setzen – dabei herrschen hier schon heute Überproduktion und ruinöse Erzeugerpreise.

Das geplante Handelsabkommen der EU mit Japan (JEFTA) sieht eine Streichung der japanischen Einfuhrzölle auf europäisches Schweinefleisch vor. Dadurch können EU-Agrarkonzerne ihre Produkte billiger anbieten, eine Preisschlacht im Welthandel ist vorprogrammiert.

„Restfleisch“ aus Deutschland und der EU wird in den Globalen Süden exportiert. Hühnchenteile und andere Fleischreste von geringer Qualität überfluten afrikanische Märkte und ruinieren lokale Produzenten.

Handelsabkommen bedrohen auch den Verbraucherschutz. In den Verhandlungen mit den Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay ist die EU bereit, laxere Kontrollen der Lebensmittel zu akzeptieren, wenn im Gegenzug die Einfuhrzölle für Autos aus der EU gesenkt werden.

Das ist nicht gerecht!

Für einen global gerechten Welthandel!

Wir brauchen eine Kehrtwende in der deutschen und internationalen Handelspolitik. Die Exportorientierung einer globalen Landwirtschaft fördert die Überschussproduktion und ruiniert Bauernhöfe auf der ganzen Welt. Verbraucherschutzstandards, Tierwohl und Umweltschutz werden für die Interessen der Agrarindustrie geopfert. Bäuerinnen und Bauern erhalten weder hierzulande noch im Globalen Süden vernünftige Preise für ihre Produkte – es profitieren die Großkonzerne.



Die aktuelle Ausrichtung der Handelspolitik steht auch in Konflikt mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs). Diese Ziele wurden von den Vereinten Nationen im Rahmen der Agenda 2030 verabschiedet. Damit haben sich die Regierungen der Welt verpflichtet, grundlegende Veränderungen anzugehen, um unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zukunftsfähig zu machen. Das ist nur mit einer handelspolitischen Kehrtwende zu erreichen.

Weitere Informationen zum Netzwerk Gerechter Welthandel finden Sie unter www.gerechter-welthandel.org

Wir wollen: Regionale Wertschöpfung stärken statt Freihandel! Das Menschenrecht auf Nahrung muss ebenso wie Ernährungssouveränität Grundlage aller Handelsverhandlungen sein.



Diese Aktion wurde im Rahmen des Projektes „Make Europe Sustainable For All“ mit Mitteln der Europäischen Union gefördert. Der Inhalt der Publikation liegt in der alleinigen Verantwortung des Autors und kann in keiner Weise als Sichtweise der Zuschussgeberin angesehen werden.